

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie → *Corona*

Winfried Wolf	→ Die Corona-Relativierer	Seite 2	Berichte zu	→ Italien, Frankreich, USA	Seiten 4/5
Violetta Bock	→ Virus Amazon	Seite 3	Verena Kreiling	→ Corona und Patriarchat	Seite 7
Volker Lösch	→ Erkenntnis durch Virus	Seite 3	FaktenCheck:CO	→ Selbstverständnis	Seite 8

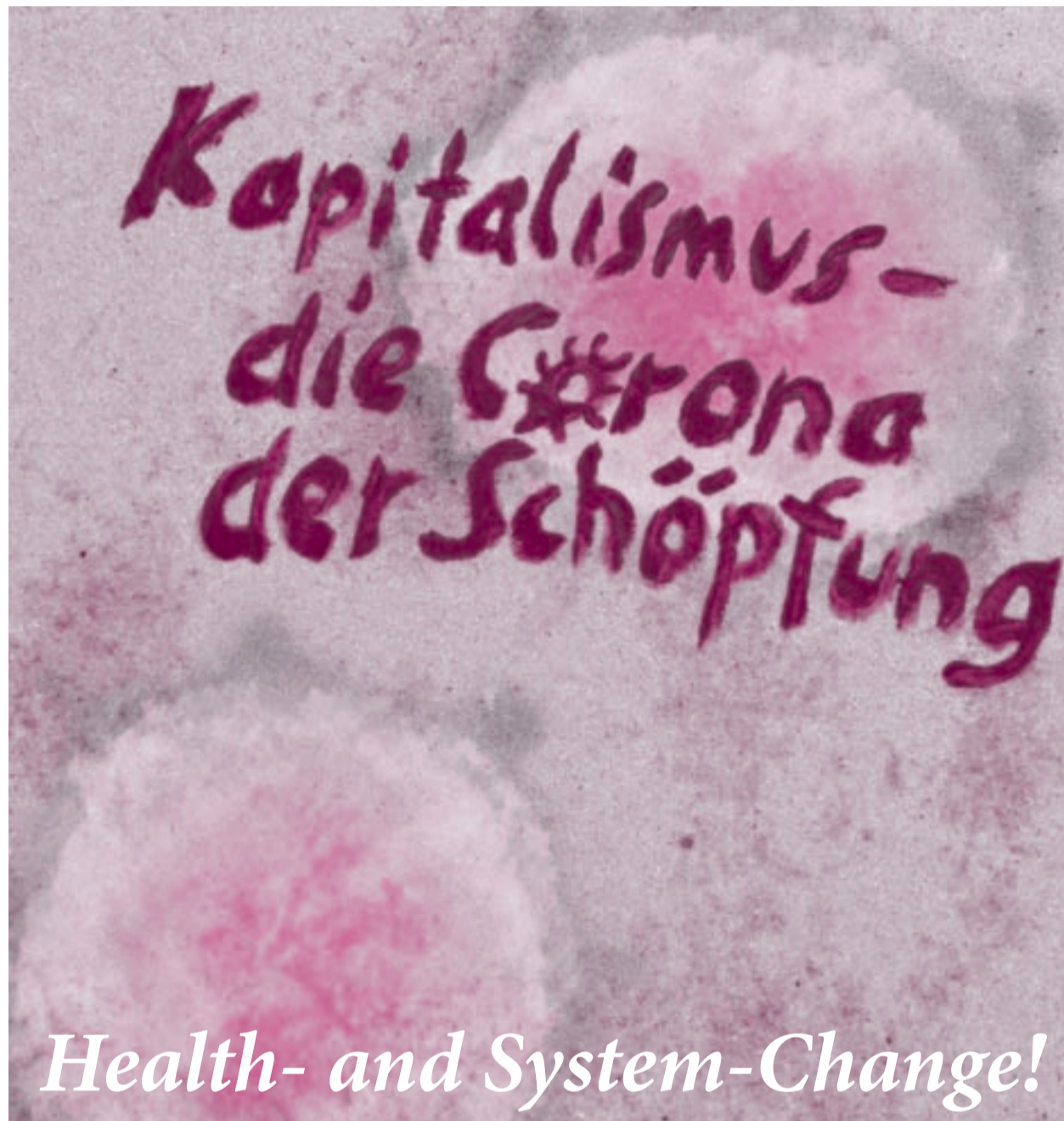
Masken ja – Maulkorb nein! Eine Doppelkrise mit großen Gefahren und einigen Chancen

Wir erleben derzeit eine Doppelkrise, eine Erschütterung der gesellschaftlichen Ordnung, wie es eine solche seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gab: Es gibt sie auf der Ebene der Pandemie. Und sie existiert in Form einer ökonomischen Krise im Ausmaß der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. Die Kombination Pandemie und Wirtschaftskrise ist mit einem entscheidenden Gegensatz verknüpft: Die Erstgenannte kann derzeit nur wirksam eingedämmt und ein weit größeres Sterben verhindert werden durch – möglichst freiwillige – Einschränkungen im sozialen Leben. Das Beispiel des französischen Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“, auf dem sich binnen weniger Tage die Hälfte der Besatzung mit dem Covid-19-Virus ansteckte (was diesen erfreulich kampfunfähig machte), zeigt, wie rasant die Infizierung unter spezifischen Bedingungen stattfindet. Die Wirtschaftskrise wiederum fällt umso heftiger aus, je länger die Einschränkungen dauern und je tiefer sie sind. In der Konsequenz fordert das kapitalnahe Personal mit Trump, Bolsonaro oder auch Laschet (CDU NRW) „Normalisierung“, um überall die Produktion für die Profite weiterlaufen zu lassen. Wovor wiederum Virologen warnen und wogegen Beschäftigte in Italien streikten. In der Konsequenz sagte der Trump-Fan und Vize-Gouverneur des Bundesstaates Texas, Dan Patrick: „Wenn ich gefragt würde, ob ich als älterer Bürger bereit wäre, mein Leben aufs Spiel zu setzen, damit Amerika so bleibt, wie wir es alle lieben, dann würde ich sagen: Ich bin dabei.“

Auf beiden Ebenen hat die Krise erst begonnen. Trotz Eindämmung durch Maßnahmen der „sozialen Distanz“ und einem staatlichen Geldsegen in Höhe von weltweit fünf Billionen US-Dollar kann die Lage außer Kontrolle geraten. Die Doppelkrise in drei Ländern mag dies verdeutlichen.

Brasilien Das Land hat einen Coronaleugner und Faschisten als Präsidenten, der im Zuge der Krise seinen Gesundheitsminister feuerte und seinen Justizminister verlor. Seit der letzten Aprilwoche explodiert die Zahl der Covid-19-Toten. Betroffen sind vor allem die Armen. Jair Bolsonaro, die Bosse und die Banker intervenieren massiv gegen die Eindämmungsmaßnahmen in einzelnen Bundesstaaten. Eine tiefe Wirtschaftskrise ist sicher. Die Errichtung einer Militärdiktatur wird öffentlich debattiert.

Italien In Europa wurde Norditalien am stärksten von der Epidemie getroffen. Bis Ende April gibt es in ganz Italien 30.000 Corona-Tote. Massiv fordert der



Industriellenverband Confindustria die Aufhebung der Restriktionen. Bislang widersteht die Regierung, unterstützt von Gewerkschaften und einer großen Mehrheit in der Bevölkerung. Doch die Wirtschaftskrise ist tief. Die Arbeitslosenzahlen steigen stark. Eine soziale Zerreißprobe findet statt. Die Schuldenquote wird 2020 mit 160 Prozent auf das Niveau von Griechenland im Krisenjahr 2015 hochschnellen. Umso fataler ist das Ausbleiben von effektiven Hilfen durch die EU. Die Krise des Landes droht in eine neue Euro-Krise zu münden.

USA In einem Zeitraum von wenigen Wochen erhöhte sich hier die Zahl der Corona-Toten massiv – bis Ende April auf 60.000. Erneut sind deutlich überproportional die Armen, die Schwarzen und die Hispanics von der Epidemie betroffen. Die Arbeitslosenquote hat sich in nur einem Monat auf gut 20 Prozent vervierfacht. Trotz gigantischen staatlichen Hilfen gibt es eine tiefe Wirtschaftskrise, die die USA auf dem Weltmarkt zurückwirft und eine Hegemoniekrise – mit dem Aufstieg Chinas auf Platz 1 – auslösen kann. Donald Trump, der mit enormen Voll-

machten ausgestattete US-Präsident, ist in seinem Handeln unberechenbar. Die Doppelkrise und Trumps gefährdete Chancen bei der Wahl im November begünstigen einen militärischen Abenteuer-Kurs.

Heißt das, dass all dies zum Einsturz der kapitalistischen Ökonomie und gar zum Sturz bürgerlicher Herrschaft führen kann? Nein. Es droht das Gegenteil. Die maßgeblichen Kräfte in allen Ländern – diejenigen in China inbegriffen – nutzen die Gesellschaftskrise, um einen autoritären starken Staat aufzubauen, demokratische Rechte abzubauen und die alte Wirtschaftsordnung – ergänzt um neu nach oben drängende, ebenso zerstörerische Branchen – zu festigen: die Rüstungs- und Flugzeugbauer und die Airlines werden gestärkt. Die Autoindustrie fordert Abrackprämien und Schadstoff-Grenzwerte-Anhebung. IT-Konzerne, Online-Handel und Pharma-Konzerne sind Krisengewinnler. Wenn jetzt Bundeswehr-Transporter Masken aus China nach Deutschland verfrachten, dann sollen damit Militäreinsätze im Inneren in den Bereich des Möglichen gerückt werden.

Dennoch gibt es auch diese Öffnung für emanzipatorische Politik: Die Banker, Bosse und Top-Bürokraten wurden von der Doppelkrise völlig überrascht. Ihr Handeln ist chaotisch. Das Herunterfahren der Wirtschaft offenbart, was alles unnötig und zerstörerisch ist. Keiner ruft nach Chefs. Die bislang marktgeilen Chefs betteln um mehr Staat bzw. Knete. Viele Menschen erkennen, dass Werbung und Rüstung zerstörerisch sind. Positiv registriert wird, dass Umwelt und Klima sich verbessern und Straßen mit weniger Autos Lust auf mehr Stadt machen. Nicht wenige finden Ideen zur Konversion großer Teile der Industrie interessant. Fast alle verstehen, dass das Gesundheitswesen komplett öffentlich sein muss. Hier ist anzusetzen: Deutlich zu machen, dass diese Doppelkrise vorhersehbar war, ja, dass sie wesentlich Produkt der Profitlogik und damit von den Herrschenden und Regierenden zu verantworten ist. Dass eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der Gesundheit, Respekt vor der Menschenwürde und ein nachhaltiger Umgang mit der Natur das Ziel sein muss. All dies muss ohne jeden Maulkorb sagbar sein. Dafür muss demonstriert werden.

EU – Risikogruppe mit schweren Vorerkrankungen

Peter Wahl

Schon vor Corona war die EU schwer gezeichnet. 2008 Finanzcrash. 2010 Eurokrise. 2015 Migrationsdrama. 2020 Brexit, Amputation der zweitgrößten Volkswirtschaft. Und jetzt die Superkrise. So mancher unkt schon, das Projekt sei am Ende. Aber: Auch wenn die EU zu den Verlierern der Krise gehört, der große Knall ist unwahrscheinlich. Allerdings werden die Erosionserscheinungen beschleunigt und die innere Zerklüftung vertieft. So wie die Krise innerhalb der Länder die soziale Polarisierung verschärft, so werden die Widersprüche zwischen Nord und Süd, Ost und West zunehmen – trotz Hilfspaketen. Die imperiale Überdehnung der EU schlägt zurück.

Auch bleiben nach Corona die chronischen Gebrechen, vorneweg die Fehlkonstruktion Euro. Ursprünglich als Katalysator der Integration gedacht, erwies er sich als Spaltpilz. Der Norden hat profitiert, der Süden blieb zurück. So lag das italienische Pro-Kopf-Einkommen bei der Euro-Einführung um tausend Euro über dem Eurozonen-Schnitt, heute aber um 4000 darunter. Es rächt sich, dass der Euro die weltweit einzige Währung ist, bei der öffentliche Schulden genauso wirken wie Schulden in ausländischer Währung. Daher der erbitterte Dauerstreit über Staatsverschuldung. Die EU ist aber kein Nationalstaat wie die USA oder China. Sie verfügt nicht über dessen politische und ökonomische Gestaltungsmacht. Die krampfhaften Versuche, Großmacht zu spielen, einschließlich Militarisierung und Atomwaffen, sind weder realistisch noch wünschenswert. Nationalismus wird nicht durch Europatriotismus überwunden. Wir kämen vom Regen in die Jauche. Nötig wäre ein Paradigmenwechsel. Statt „Mehr Europa!“ braucht es mehr Flexibilisierung nach innen und Offenheit und Kooperation nach außen. Schließlich ist das Leitbild für wirklichen Internationalismus nicht „Proletarier und Bourgeois der Eurozone vereinigt euch!“

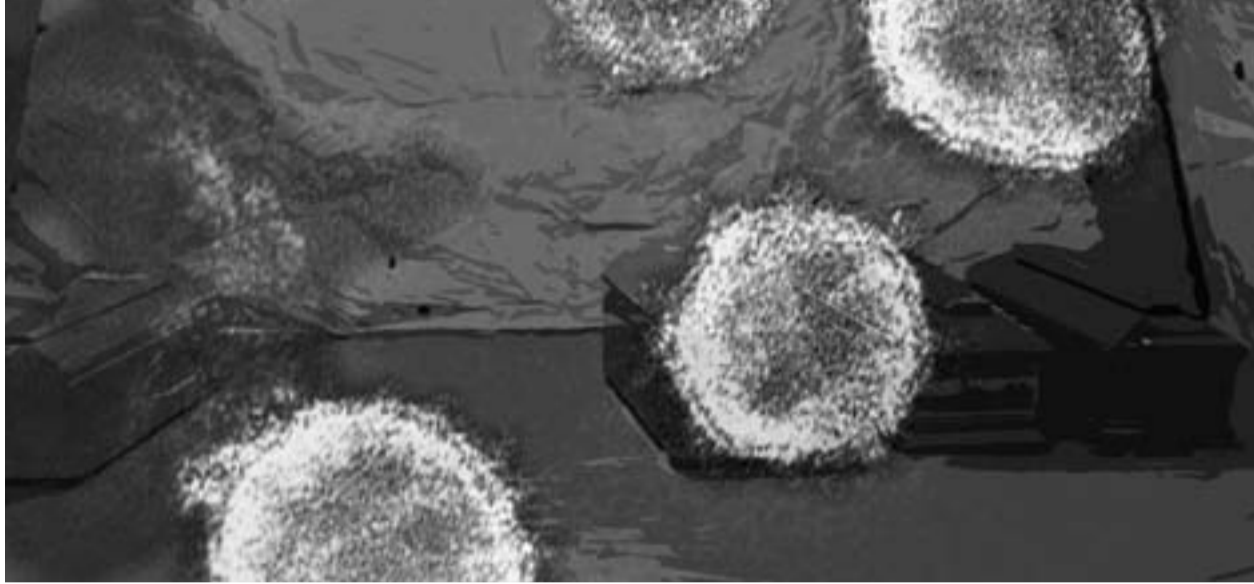
Peter Wahl ist Vorstandsmitglied von WEED und aktiv im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser, bittere Zeiten erfordern besondere Anstrengungen und breite Solidarität. Ein Team aus verschiedenen linken Strömungen hat diese neue Publikation binnen einer Woche aus der Taufe gehoben (siehe Seiten 2 und 8). Sie knüpft an den erfolgreichen Projekten **FaktenCheck:HELLAS** (2015) und **FaktenCheck:EUROPA** (2016-2018) an. Zu befürchten ist: Diese Krise wird uns noch länger herausfordern. Damit müssten wir weitere Ausgaben erstellen. Wir bitten um Verbreitung und Unterstützung! Bleiben Sie gesund, engagiert und kämpferisch.

Für das FCC-Team: Winfried Wolf

Das Virus ist gefährlich. Ein Relativieren von Corona ist verantwortungslos



Winfried Wolf

Die aktuelle Debatte über die Corona-Pandemie wird kontrovers geführt. Menschen, die die Gefährlichkeit des Virus direkt leugnen, gibt es wenige. Auf indirekte Weise erfolgt dies vielfach. Es ist wichtig, die maßgeblichen Argumente der Corona-Relativierer einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen.

Argument 1: Die Gefährlichkeit des Virus wird maßlos übertrieben. Es gibt keine größere „Übersterblichkeit“ – keine erkennbar höhere Sterblichkeit als in den Vor-Corona-Zeiten.

Antwort: Bis zum 25. April starben weltweit mehr als 200.000 Menschen in Folge einer Corona-Virus-Infektion. Weltweit steigt die Zahl der Coronatoten weiter an – vor allem in Peripherieländern und bei Menschen, die unter beengten Verhältnissen leben. Dort, wo es zu Infektionen in breitem Umfang und zu keinen oder spät ergriffenen massiven Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens kam, gibt es extrem hohe Zahlen von Corona-Toten. Seit Ende April gibt es auch Statistiken, die für diese Regionen und Länder eine erkennbare, deutliche Übersterblichkeit dokumentieren: Sie liegt in der Lombardei und in New York beim Vierfachen der (normalen) Sterblichkeit, in England und Wales um 70 und in Spanien um 50 Prozent über diesem Mittelwert (in der Lombardei trifft dies zu auf den

Zeitraum ab der zweiten Märzwoche, in den übrigen Regionen, von der dritten Märzwoche an; jeweils bis 21.4.)

Argument 2: Die Menschen sterben nicht an Corona, sondern an ihren Vorerkrankungen. Oder weil sie alt sind.

nach einem Straßenverkehrsunfall aus dem Leben schieden. Ab dem 31. Tag ist es dann ein Tod durch Herzversagen, Lungenentzündung usw. Dies ist ein Skandal. Warum werden bei Menschen, die nach einer Corona-Infektion sterben, nun die „Vorerkrankungen“ ins

Corona-Pandemie war Regierungs- und Bundestagswissen

Dass eine Corona-Pandemie droht, wussten Bundesregierung und Bundestag seit dem 3. Januar 2013. An diesem Tag wurde mit Drucksache 17/12051 der „Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012“ vorgelegt. Ein 85-Seiten-Text, in dem seltsamerweise zuerst eine „Risikoanalyse Extremes Schmelzhochwasser aus den Mittelgebirgen“ und danach – damit faktisch versteckt – die „Risikoanalyse Pandemie durch Virus Modi-SARS“ abgedruckt sind (ab Seite 55ff). Die letztgenannte Studie wurde unter „fachlicher Federführung des Robert Koch-Instituts“ erstellt. Prognostiziert wird die Ausbreitung eines „von Asien ausgehenden“ Virus („Modi-SARS“), der „bei Wildtieren vorkommt“. Über „zoonotische Übertragung“ auf den Menschen kommt es zu „Infektketten“. Das Virus wird nach Deutschland „eingeschleppt“ durch zwei Reisende (ein Geschäftsmann und ein Austauschstudent). In der Zusammenfassung durch die Bundesregierung heißt es, diese Pandemie würde binnen 300 Tagen zur „Erkrankung von ca. 6 Millionen Menschen in Deutschland“ mit „immens hohen Opferzahlen“ führen (S.5). In der eigentlichen Studie steht jedoch: „Für den gesamten zugrunde gelegten Zeitraum von drei Jahren ist mit mindestens 7,5 Millionen Toten als direkte Folge der Infektion zu rechnen“ (S.64). Die Wirkung von „Schulschließungen und Absage von Großveranstaltungen“ ist dabei berücksichtigt. Seit Veröffentlichung dieser Risikoanalyse wurden in Deutschland weitere 120 Krankenhäuser geschlossen, die Privatisierung von Kliniken beschleunigt, das Pflegepersonal weiter ausgedünnt und die Bevorratung mit Schutzkleidung abgebaut (siehe S.6).



Antwort: Die große Mehrheit älterer Menschen hat Vorerkrankungen. Bei der Statistik der Straßenverkehrstoten kritisieren wir, dass nur diejenigen aufgeführt werden, die binnen 30 Tagen

Zentrum gerückt? Fatal sind die ständigen Hinweise auf das Alter der Corona-Toten. Dazu schrieb der Schweizer Arzt Prof. Dr. Paul Robert Vogt in seinem Beitrag in der „Mittelländischen Zeitung“ (vom 7.4.2020): „Mit guter Lebensqualität ein hohes, selbstbestimmtes Alter zu erreichen, ist ein hohes Gut. [...] Und es ist das Resultat der Medizin, dass man auch nach drei Nebendiagnosen bei guter Lebensqualität ein hohes Alter erreichen kann. Diese positiven Errungenschaften unserer Gesellschaft sind nun plötzlich [...] nur noch eine Last. [...] Gewisse Kommentare haben den üblen Geruch der Eugenik.“ Im Übrigen ist es doch umgekehrt: Die tatsächlichen Zahlen mit Corona-Toten sind in vielen Regionen Europas – und erst recht in den USA und in Peripherieländern – weit höher als offiziell angegeben. Tausende Menschen, die sich mit dem Virus infizierten, gehen erst gar nicht zum Arzt, machen keinen Test, gelangen in kein Krankenhaus und schon gar nicht eine Corona-Statistik. Sie sterben zu Hause, in Hütten, unter Brücken. Vielleicht an einem Herzinfarkt. Oft jedoch infolge einer Corona-

Infektion.

Argument 3: Schweden zeigt, dass es ganz anders laufen kann. Dort gibt es keinen lock-down. Das gesellschaftliche Leben blüht.

Antwort: Richtig ist, dass Schweden als ein sozialdemokratisch-grün regiertes Land einen Sonderweg geht. Es gibt nur wenige Einschränkungen des öffentlichen Lebens und viele Appelle an die Vernunft. Die Regierung beruft sich dabei auf die Strategie der „Herdenimmunität“: Danach soll die Verbreitung des Virus in Bälde dadurch gestoppt werden, dass immer mehr Menschen gegen das Virus immun sind, sei es, weil sie die Krankheit überwunden haben oder weil sie geimpft wurden. Die große Mehrheit in der Wissenschaft teilt diese Auffassung nicht – unter anderem, weil die Übertragung des Virus extrem leicht und schnell erfolgt, weil die Krankheitssymptome erst Tage nach der Ansteckung – in manchen Fällen auch überhaupt nicht – erkannt werden und weil es einen Impfstoff in absehbarer Zeit nicht geben wird.

Die konkreten Zahlen sprechen nicht für das Modell: Bis zum 23. April gab es in Schweden 2021 Corona-Tote. Das sind, umgerechnet auf die Bevölkerung, dreimal mehr als in Deutschland. Vergleicht man Schweden mit den Nachbarländern Finnland und Norwegen – ein Vergleich, der naheliegt, da es sich um Länder mit vergleichbaren Strukturdaten handelt – dann ist die Zahl der Corona-Toten in Schweden fünf Mal höher als in Norwegen und sechs Mal höher als in Finnland. Im Übrigen hat sich die Lage in Schweden von Mitte April an derart verschlechtert, dass Schwedens Ministerpräsident

Stefan Löfven am 23. April an die Bevölkerung in Schweden eine „letzte Warnung“ richtete. Kame es nicht umgehend zu mehr „Disziplin“ hinsichtlich Abstandhalten usw., dann werde man „drastische Maßnahmen“ ergreifen müssen.

Argument 4: Die Betonung der Corona-Toten ist einseitig. Was ist mit den Straßenverkehrstoten? Was mit den Flüchtlingen?

Antwort: Zutreffend ist: Es gibt krasse Ungerechtigkeiten und extrem unterschiedliche Lebenswelten auf dem Planeten. Und ja: Es muss das Ziel jeglichen von Humanismus gepräg-

ten Handelns sein, sich gegen diese Ungleichheiten aufzulehnen. Doch ein Aufrechnen, wie es in der aktuellen Corona-Debatte oft erfolgt, ist unredlich. Jeder, der die 25.000 Straßenverkehrstoten, die es jährlich in der EU gibt, mit dem Verweis auf die 400.000 Malaria-Toten im Jahr weltweit relativiert, würde von uns zu Recht kritisiert. Im Übrigen droht doch die folgende Kombination: In den Flüchtlingscamps auf den griechischen Inseln kann die Corona-Epidemie ausbrechen. Soll man dann auch auf Vorerkrankungen verweisen? Auf das Alter der Toten? Oder darauf, dass in Idlib mehr Menschen sterben als auf Lesbos?

Argument 5: Der Abbau der demokratischen Rechte und die sozialen und physischen Folgen, die mit einem lock-down verbunden sind, wiegen schwerer als die Vorteile, die mit diesen restriktiven Maßnahmen erreicht werden

Antwort: Richtig ist: Die Maßnahmen der Regierungen zur Pandemiebekämpfung sind vor allem von den Interessen „der Wirtschaft“ bestimmt. Die soziale Distanz gilt fast ausschließlich für das öffentliche Leben, für Kitas und Schulen. Und nicht für die Arbeitswelt. Diese bestimmt bei mehr als der Hälfte der Bevölkerung den Alltag. In 80 Prozent der Betriebe wurde durchgehend gearbeitet – weitgehend unter normalen Arbeitsbedingungen. Oft Schulter an Schulter und Schreibtisch an Schreibtisch (siehe S. 6). Die Einseitigkeit der Maßnahmen, die Tatsache, dass viel zu spät reagiert wurde, dass halbherzig agiert wird: Das ist zu kritisieren. Falsch ist jedoch zu behaupten, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit an sich sei falsch. Es gelte primär, die demokratischen Rechte zu verteidigen. Ein elementares Menschenrecht ist das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Das Recht auf Leben. Dieses Recht wird durch die Pandemie – für die die Regierenden maßgebliche Verantwortung tragen – gefährdet. Aktuell sind Einschränkungen der sozialen Kontakte ein wirksamer Schutz vor einer weiteren Ausbreitung der Pandemie. Notwendig ist aufzudecken, welche Kapitalinteressen hinter konkreten Maßnahmen aufscheinen: Autohäuser wurden geöffnet. Kitas bleiben geschlossen. In den Möbel-Center herrscht Kauflaune. Auf Kinderspielflächen – da verschlossen – herrscht gähnende Leere. Gottesdienste – also gemeinschaftliches Praktizieren des Glaubens – sind wieder erlaubt. Politische Demos – also gemeinschaftliches Wahrnehmen demokratischer Rechte – bleiben meist verboten.

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Die Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) fordert in einer Erklärung Sofortmaßnahmen im Interesse der abhängig Beschäftigten: „Die Folgen des Virus werden weltweit vor allem die arbeitenden Klassen treffen. (...) Die Bundesregierung und die EU sind jetzt schnell mit Zusicherungen von Milliardenhilfen für die Unternehmen (...). Sie handeln auch angesichts einer drohenden weiteren Ausbreitung des Virus und möglichen weiteren Toten – wie immer – im Interesse von Banken und Konzernen. Jetzt müssen die Gewerkschaften klare Forderungen stellen, um die Beschäftigten vor den Auswirkungen einer Epidemie und neben den gesundheitlichen Folgen auch vor Lohnverlust, Arbeitsplatzverlust und sonstigen wirtschaftlichen Schäden wie fehlende Einzahlungen in die Sozialversicherungen zu schützen! (...) Die Gewerkschaften müssen, wenn nötig Streikmaßnahmen durchführen.“ Die VKG fordert u.a. statt Kurzarbeitergeld eine volle Lohnfortzahlung, eine sofortige Millionärsabgabe zur Finanzierung eines Notprogramms, eine Überführung in öffentliches Eigentum aller Krankenhäuser, der Pharmakonzerne und von Betrieben, die Entlassungen vornehmen wollen, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung.

www.vernetzung.org

Impressum – Bestellungen – Unterstützungskreis

FaktenCheck:CORONA erscheint erstmals am 27. April 2020.

Das FCC-Selbstverständnis befindet sich auf Seite 8.

Bezugspreise

Bei Bestellungen zwischen 1 und 99 Ex.: 25 Cent je Exemplar

Bei Bestellungen ab 100 Ex.: 15 Cent je Exemplar

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Bitte Zahlung nur nach Erhalt der Rechnung

Träger BFS e.V. (Büro für Frieden & Soziales, An den Bergen 112, 14552 Michendorf)

FaktenCheck:CORONA finanziert sich ausschließlich über Kostenbeiträge und Spenden.

Konto (für Spenden): BFS e.V., MBS-Mittelbrandenburgische Sparkasse

IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 · SWIFT-BIC: WELADED1PMB

E-Mail-Adresse für Bestellungen faktencheckcorona@gmail.com

Telefonische Bestellungen 0 179 77 45 527 (Heino Berg)

Vorläufige Website <http://faktencheck-europa.de>

Post an die Redaktion BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf

Entsprechend der anlassbezogenen Erscheinungsweise ist der Herausgeberkreis ad hoc zusammengesetzt. Er umfasst für diese Ausgabe (die Organisationsnamen in Klammern dienen allein der Identifikation):

Heino Berg (SAV, Göttingen) · Violetta Bock (Organisieren–Kämpfen–Gewinnen, Kassel) · Inge Höger (DIE LINKE NRW, Düsseldorf) · Angela Klein (SoZ Köln) · Sabine Leidig (MdB Die Linke, Berlin) · Lucy Redler (Partei Vorstand Die Linke, Berlin) · Sascha Staničić (SAV Berlin) · Winfried Wolf (Lunapark21, Berlin) · Christian Zeller (Aufbruch, Salzburg).

Verantwortlich (V.i.S.d.P) Winfried Wolf

FaktenCheck:CORONA wird unterstützt von

Tom Adler · Wolfgang Alles · Rudolph Bauer · Manfred Dietenberger · Ulrich Duchrow · Leslie Franke · Tim Fürup · Georg Fülberth · Thies Gleiss · Wilfried Hanser · Heike Hänsel · Bernd Köhler · Stefan Krull · Verena Kreilinger · Thomas Kuczynski · Herdolor Lorenz · Ingrid Lohmann · Volker Lösch · Mohssen Massarrat · Wolfgang Neef · Michael Petersen · Thomas Sablowski · Werner Sauerborn · Karl Schweizer · Angelika Teweit · Marie-Dominique Vernhes · Peter Wahl · Mag Wompe

Corona Prime bei Amazon



mit der Klinke zu vermeiden. In einer Abteilung, in der man sich Mitte März noch gegenüber saß, ist jetzt jeder zweite Platz frei. Auch gegenüber sitzt niemand mehr. Start-Meetings zu Beginn der Schicht wurden abgesagt und sind durch Aushänge ersetzt. Stattdessen werden zu Beginn Desinfektionstücher verteilt. Die Pause wurde um fünf Minuten verlängert. Seit 6. April wird außerdem bei jedem Fieber gemessen. Wer über 37,5 Grad aufweist, wird für drei Tage bezahlt nach Hause geschickt, um sich bei seinem Arzt zu melden. Fieber wird jedoch selten gemessen. An einem Standort wird gemunkelt, dass die Temperaturanzeige sogar immer erstaunlich niedrig ist. Masken soll seit Anfang April ebenso jeder erhalten, der oder die will. Passiert ist also jede Menge, um den Weiterbetrieb ja nicht zu gefährden. Ein bestehendes Thema bleibt die bezahlte Freistellung von Risikogruppen. Weiterhin gibt es Engstellen und Zeiten, die viele gleichzeitig betreffen. Amazon besteht darauf, dass bis zum Schichtende gearbeitet wird.

Und dennoch: 1000 bis 2000 pro Standort, die von

Violetta Bock

Bei Amazon arbeiten auch in Corona-Zeiten weitere Tausende an den verschiedenen Standorten. Allein in Bad Hersfeld sollten 1.500 Beschäftigte ohne nennenswerte Hygienemaßnahmen Jeff Bezos noch reicher machen. Die Angst unter den Beschäftigten war greifbar. „Viele sind total verängstigt, wir arbeiten ja noch in großen Mengen zusammen. Das Management gibt so praktische Tipps wie: „Hände waschen, Abstand halten und die Regeln einhalten,“ so ein Gewerkschaftsaktivist in Bad Hersfeld. Das meiste, was Amazon dort vertreibt – Klamotten und Alkohol – ist nicht systemrelevant. Ein Produktionsstopp wäre absolut machbar. „Von uns fordern viele, Amazon für die nächsten Wochen zu schließen und die Leute bezahlt freizustellen.“ Anfangs hatte Amazon lediglich die Essensausgabe in der Kantine abgestellt, treffen konnte man sich dort trotzdem. Außerdem erhalten alle, die arbeiten, zwei Euro mehr die Stunde. Eine Anwesenheitsprämie, die bei den niedrigen Löhnen die Leute dazu bringen soll, trotz Virus-Gefahr zur Arbeit zu kommen. Amazon will gnadenlos liefern. Nicht zuletzt sehen sie nun wohl die Chance, den Einzelhandel plattzumachen.

Aus verschiedenen Standorten meldeten sich Kolleginnen und Kollegen zu Wort und berichteten über ihre Sorgen. Eine gemeinsame internationale Erklärung der Amazon-Beschäftigten hat sich verbreitet. In Italien, Spanien, Frankreich und USA haben Beschäftigte gestreikt und sich geweigert, die Halle zu betreten, nachdem Beschäftigte positiv auf Corona getestet waren. Amazon beteuerte in der Presse, Standards einzuhalten. Ein aufwändiges Video wurde produziert. Tatsächlich gab es inzwischen manche Umstellung. Amazon scheint besorgt zu sein, dass sie ihre Läden schließen müssen. Plötzlich wird Seife nachgeordert. Oft wird betont, Amazon sei „versorgungsrelevant“. Der betriebliche Alltag sieht nun anders aus: Klebelinien beim Zugang im Abstand von zwei Metern, Treppenhäuser nur noch im Einbahnstraßenverkehr, jede Menge Schilder zum Abstandhalten und Hände waschen. Die Türen stehen offen, um den Kontakt

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie

AMAZON. Der Konzern, an dessen Spitze der reichste Mensch der Welt, Jeff Bezos, steht, profitiert von der Krise. Die Beschäftigten in den Logistikzentren verpacken und versenden die Waren auf Hochtouren. In Winsen bei Hamburg betreibt der Konzern ein großes Logistikzentrum als Knotenpunkt für Nordeuropa. Hier haben sich bis zum 24. April 68 der 1.800 Beschäftigten an Corona angesteckt, wahrscheinlich während der Arbeit und in den vollen Werksbussen. Probleme hat Amazon auch in Frankreich: Ein Gericht in Nanterre verfügte Mitte April aus Arbeitsschutzgründen die Schließung von sechs Logistikzentren im Land. Die Gewerkschaft SUD warf dem Konzern vor, die Beschäftigten nicht ausreichenden gegen eine Infektion zu schützen.

Bereits Ende März protestierten Beschäftigte im riesigen Amazon-Zentrum im New Yorker Bezirk Staten Island gegen die unakzeptablen und gefährlichen Arbeitsbedingungen. Der Konzern feuerte darauf umgehend einen aktiven Gewerkschafter.

Christian Zeller

bis zu 100 km Entfernung teils in Fahrgemeinschaften zur Arbeit pendeln. Ein gefährlicher Ort in pandemischen Zeiten. Da kann man zu Hause und am Spielplatz noch so viel Abstand halten. Richtig kontrollieren lässt sich ein unsichtbares Virus nur schwer. Die Gefahr ist groß, dass auf den Schlachtfeldern des Marktes die Werkstätten geopfert werden. Weiterer Druck ist nötig, damit der gekündigte Streikführer Chris Smalls von Staten Island, New York, wiederingestellt wird. Einige dieser Verbesserungen wurden nicht zuletzt durch internationalen Druck und internationale Aktionen erreicht.

In den USA gehen die Proteste bereits weiter. Für Ende April haben mehrere Beschäftigte kollektive Krankmeldungen angekündigt. In Frankreich wurden nach Klage einer Gewerkschaft Verteilzentren vorläufig geschlossen, um Nachbesserungen beim Schutz durchzusetzen.

Auf das Virus folgt Erkenntnis

Volker Lösch

Corona verklart – und fordert zum Widerstand auf. Man hört bereits: Alles soll dafür getan werden, das alte System unverändert wieder hochzufahren. Wie nach dem Bankenfiasko 2008. Man hat nichts kapiert. Doch es gibt auch Grund zur Hoffnung. Denn der sogenannte Mainstream wird derzeit auf Themen aufmerksam, die für die meisten bisher nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Nehmen wir die Beispiele Gesundheit und Ungleichheit.

Vor einem Jahr habe ich in Berlin eine Inszenierung zum Thema Gesundheitswesen gemacht. Wir haben Argumente pro und contra in Form eines Gerichtsprozesses aufeinanderprallen lassen. Dazu haben Angestellte der Charité aus ihrem Arbeitsalltag erzählt. Der Umgang unserer Gesellschaft mit dem Pflegepersonal, was Bezahlung, Wertschätzung und Abbau ihrer Arbeitsplätze betrifft, war damals schon ein Skandal. Dass nun aber durch jahrelanges Kaputtsparen Beatmungsgeräte, Schutzausrüstung und Personal fehlen, lässt eine breite Öffentlichkeit ganz unmittelbar erfahren, wie falsch die Privatisierung des Gesundheitssektors war.

Immer mehr kapiert man derzeit, dass die Profitorientierung von Gesundheitsunternehmen die Patientenversorgung verschlechtert hat. Dass die Ausbeutung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu führt, dass immer weniger Menschen diesen Beruf ergreifen wollen. Dass das System dringend abgelöst ist durch ein solidarisches System, welches sich am Gemeinwohl, an der Versorgungsqualität, der medizinischer Notwendigkeit, an dem Patientenwohl und den Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter orientiert. Ich freue mich auf Initiativen zugunsten der Rückkehr zu einer gemeinwohlorientierten Gesundheitsversorgung.

Unsere Art des Lebens, unsere verinnerlichte Ideologie, die schon so lange auf Egoismus, Einzelkampf und Entsolidarisierung setzt, hat der Herausforderung der Pandemie nichts entgegenzusetzen. Im Gegenteil: Sie macht die Krise für all diejenigen noch größer, die sowieso schon unter dem Neoliberalismus leiden. Da sie keine großen Wohnungen und Gärten haben, an lauten Straßen leben, Männergewalt ausgesetzt sind, keine Hilfe bei der Kinderbetreuung erfahren, Tätigkeiten nachgehen müssen ohne Mindestabstand, ihre schlecht bezahlte Arbeit verloren haben oder kurzarbeiten müssen.

Corona wirkt global, aber trifft die Menschen ungleich. So entdecken viele zum ersten Mal ein zweites existentielles Thema: die zunehmende Ungleichheit. Es wird spürbar, dass die Pandemie eine Gesellschaft hinterlassen kann, die sozial stärker gespalten ist als zuvor. Es wird denkbar, dass die Krise brutale Verteilungskämpfe auslösen wird. Es wird vorstellbar, dass - wie 2008 - die Leidtragenden wieder die Armen sein werden. Dem Virus folgt Erkenntnis.

Man nimmt verwundert wahr, dass ungleich mehr Menschen nun meinen, die öffentliche Vorsorge muss besser, gerechter und sozialer werden. Unerwartet werden bisher tabuisierte Themen breit debattiert: dass unsere Gesellschaft eine Umverteilung des Reichtums braucht, dass das Wirtschaftssystem umgebaut, die scheinbar naturgesetzliche Logik des Profits in Frage gestellt werden muss. Wenn diese neue Dynamik der Kritik sich zu handfester Politik entwickeln sollte, dann sehen wir spannenden Zeiten entgegen!

Aber Vorsicht – diesen kleinen Bewusstseins-Vorsprung müssen wir ausbauen. Denn die politische Front der Reaktion formiert sich bereits in aller Deutlichkeit. Kämpfen wir also gegen das blinde „Weiter so wie bisher“. Gegen das zerstörerische „Wachstum über alles“. Für eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Gegen Milliardenhilfen für Konzerne. Für die Umwandlung von Rüstungsindustrie, Autoindustrie und Flugzeugbau. Gegen Abwrackprämien. Für solidarische Hilfsprogramme weltweit und in der EU. Für die hohe Besteuerung von Vermögen und Gewinnen. Für ein öffentliches Gesundheitssystem und eine einheitliche Krankenversicherung. Für solidarische Verhaltens- und Lebensweisen. Für die Vernunft.

Volker Lösch ist Regisseur. Siehe seine jüngste Rede auf der 510. Montagsdemonstration gegen „Stuttgart21“ vom 27. April 2020 auf: www.bei-abriss-aufstand.de

Einfach Krank: Stuttgart 21 systemrelevant

Sabine Leidig

Als vor bald 10 Jahren im Schlossgarten von Stuttgart tausende Menschen mit Polizeigewalt angegriffen wurden, horchte die Republik auf. Hier soll ein milliardenteures unterirdisches Tunnelprojekt den bestehenden Bahnhof inmitten der Stadt ersetzen und oberirdisch den Weg für Immobilieninvestoren frei machen ... obwohl der Stuttgarter Hauptbahnhof preisgekrönt und einer der pünktlichsten war; obwohl nachweislich Bahnkapazität vernichtet und weder Kosten noch Risiken seriös kalkuliert waren. Hunderte alte Bäume, denkmalgeschützte Bauwerke, demokratische Rechte und preiswerte Alternativen wurden geopfert. Die „oben bleiben!“-Protestbewegung wuchs großartig. Im Bundestag sprach Angela Merkel ein Machtwort, wonach S21 systemrelevant und es für den Wirtschaftsstandort Deutschland entscheidend sei, es zu bauen - koste es, was es wolle. Das war ein Fanal. Seither wurde die CDU vor Ort abgewählt, schalteten die nun regierenden GRÜNEN von Widerstand auf „kritische Begleitung“, veranstaltete das Aktionsbündnis mehr als 500 Montagsdemonstrationen dagegen wird mitten im schadstoffbelasteten Kessel von Stuttgart gegraben, belasten unzählige zusätzliche Tonnen von CO₂, Staub und Feinstaub Menschen und Umwelt.

Selbst jetzt, im Ausnahmezustand der Corona-Pandemie, steht die Baustelle nicht still. Zusammenkünfte in Wohnzimmern oder auf Marktplätzen sind aus Gründen des Infektionsschutzes untersagt. Aber hier werden Bauarbeiter in Wohncontainern auf staubiger Baustelle der Gefahr überlassen. Das ist ein konkreter Skandal. Die Stadtratsfraktion von Die LINKE-SÖS hat auf den Missstand hingewiesen; die Stadt wiegelt ab. Inzwischen sind auf der S21-Baustelle mindestens neun Arbeiter einer türkischen Firma mit Corona infiziert, mehrere schwer erkrankt, fast 100 stehen unter Quarantäne, haben Angst und keine soziale Absicherung. Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, wie er sich auch zeigt, wenn Erntearbeitskräfte aus Rumänien in Flugzeugen und Bussen zusammengepfercht werden, um den deutschen Spargel zu stechen.

Sabine Leidig ist Bundestagsabgeordnete, DIE LINKE

Bergamo – keine „rote Zone“

Hunderte hätten gerettet werden können



Angela Klein

Es gibt Bilder, die eine Epoche prägen und sich tief in das kollektive Gedächtnis eines Landes einbrennen. Unvergesslich werden den Italienern auf Jahre hinaus die Bilder bleiben, die Bürger von Bergamo in der Nacht des 18. März von ihren Fenstern aus aufnahmen: Siebzig Militärlastwagen durchquerten die Stadt in Grabesstille, einer nach dem anderen, langsam, zum Zeichen des Respekts: Sie transportierten Leichen. Sie brachten sie in Städte außerhalb der Lombardei, denn der Friedhof, das Leichenhaus, die zum Leichenhaus umgewandelte Kirche und das Krematorium reichten nicht mehr.

Am 23. Februar verzeichnete die Provinz Bergamo zwei Fälle von

Corona-Infizierten aus dem Krankenhaus von Alzano Lombardo im Seriana-Tal nördlich von Bergamo. Eine Woche später waren es schon 220, fast alle in diesem Tal. In Codogno in der Po-Ebene genügte 50 diagnostizierte Fälle, um die Stadt dicht zu machen und sie zur roten Zone zu erklären. Warum geschah dasselbe nicht im Seriana-Tal? Weil sich im Tal des Flusses Serio eines der wichtigsten Industriezentren Italiens befindet und weil die Industriebosse auf alle Institutionen Druck machten, um die Schließung ihrer Fabriken zu verhindern.

So unglaublich es auch scheinen mag, das Gebiet mit den meisten Corona-Toten pro Einwohner in Italien (und Europa) ist nie zur „roten Zone“

erklärt worden – zum Entsetzen der Bürgermeister und der Bevölkerung, die dies immer wieder gefordert haben. Dabei hätten hunderte Menschenleben gerettet werden können.

Doch diejenigen, die ein Interesse haben, dass die Fabriken weiter in Gang gehalten werden, sind dieselben, die an privaten Kliniken verdienen. Die Lombardei ist die Region Italiens, in der das Gesundheitswesen am stärksten kommerzialisiert wurde.

Die beiden am 23. Februar positiv getesteten Patienten hatten Kontakt zu anderen Patienten, zu Ärzten und Pflegepersonal. Deshalb beschloss die Klinikleitung, das Krankenhaus zu schließen. Wenige Stunden später wurde es wieder geöffnet – ohne irgend-

eine Erklärung, ohne die Einrichtung zu desinfizieren oder die Covid-19-Patienten zu isolieren. Ein großer Teil des Personals steckte sich an und verbreitete das Virus in der Bevölkerung. Die Klinik wurde zum ersten großen Infektionsherd: Patienten, die wegen eines bloßen Hüftleidens eingeliefert wurden, starben, weil sie sich in der Klinik mit dem Corona-Virus angesteckt hatten.

Dem zum Trotz und ohne jede Scham begann der italienische Unternehmerverband Confindustria fünf Tage später eine Kampagne auf allen Kanälen mit der Hauptparole: „Bergamo non si ferma – Bergamo läuft weiter.“

Am 8.3., die Zahl der offiziell Infizierten war da auf 997 gestiegen, wurde bekannt, die Regierung in Rom wolle die Lombardei abriegeln. Doch im Seriana-Tal wurden nur Zugang und Ausgang der Gemeinden beschränkt. Alle konnten weiter zur Arbeit gehen; immer noch keine „rote Zone“.

Vom 21. März an gab es fast 800 Tote täglich. Die Präsidenten der Lombardei und des Piemont forderten, die Produktion müsse eingestellt werden. Premierminister Conte, der bislang ge-

gen diese Maßnahme war, verkündete nun, man werde „alle nicht essentiellen Produktionsaktivitäten“ einstellen.

Die Confindustria ging sofort in die Offensive. Es gelang ihr, Conte Bedingungen abzurufen: Zu der Liste der Unternehmen, die weiter arbeiten durften, wurden viele nicht essentielle hinzugefügt – etwa die Rüstungsindustrie. Außerdem wurde eine Klausel eingefügt, wonach jede Firma, die von sich behauptete, sie sei für die Aufrechterhaltung einer essentiellen ökonomischen Aktivität „funktional“, weiterarbeiten konnte. Dies führte dazu, dass im benachbarten Brescia über 600 Unternehmen, die nicht auf der Liste der essentiellen Betriebe standen, nun begannen, Anträge auf Weiterarbeit auszufüllen.

Die Gewerkschaften gingen geschlossen in den Kampfmodus über und drohten mit Generalstreik. Schließlich lenkte die Regierung ein, einige Betriebe wurden von der Liste wieder gestrichen. Es ist jedoch eine Grauzone geblieben, die vielen Fabriken erlaubt, weiter zu arbeiten. Und viele Beschäftigte arbeiten weiterhin ohne den nötigen Sicherheitsabstand und adäquaten Schutz.

Angela Klein lebt in Köln und ist aktiv für die Sozialistische Zeitung (SoZ)

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Chile / Seit Mitte März entwickelt sich in Chile die Epidemie in großem Tempo. Ende April lag die Zahl der Corona-Toten nahe 200. Die Regierung unter dem neoliberalen Politiker Sebastian Piñera, die zuvor durch Massenbewegungen stark angeschlagen war, konnte mit einer Politik des starken Staats und massiver Restriktionen punkten. Das brachte die Massenbewegung der letzten Monate vorübergehend zu einem Ende. Führende linke Gewerkschaftsmitglieder aus dem Einzelhandel, Bildungssektor, der Fischereiwirtschaft und Gastronomie haben zusammen mit linken Organisationen wie Socialismo Revolucionario und der Partido Obrero Revolucionario und Menschenrechtsgruppen einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie die Angriffe der Regierung auf die Rechte der Arbeitenden und die Gewerkschaftsführung wegen deren Untätigkeit kritisieren. Sie fordern Lohngarantien für die Beschäftigten und staatliche Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen, die Verstaatlichung unter demokratischer Arbeiterkontrolle des privatisierten Gesundheitswesens und eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust. Sie rufen dazu auf, in den Betrieben Notkomitees der Beschäftigten, in den Nachbarschaften Komitees zur Organisation der Nahrungsmittelversorgung und Erwerbslosenkomitees für den Kampf um Arbeitsplätze zu bilden. Diese sollen in einem landesweiten Kongress von Arbeiterinnen und Arbeitern zusammengefasst werden, um einen koordinierten Kampf für diese Forderungen zu führen. Weitere Infos: www.werkenrojo.cl

Angst vor neuen Unruhen

Frankreichs Geheimdienst warnt vor „dem Tag danach“

Bernard Schmid

Das nennt man „Sinn für Prioritäten“: Mitten in der Gesundheitskrise und während die Zahl der in Kurzarbeit Befindlichen in Frankreich neun Millionen erreicht, leitet die amtierende Arbeitsministerin Muriel Pénicaud disziplinarrechtliche Schritte gegen einen unbotmäßige Arbeitsinspektor ein. Die „Arbeitsinspektion“ in Frankreich ist eine Art Gewerbeaufsicht, die über die Einhaltung bestehender Arbeitsschutzvorschriften, Arbeitsgesetze usw. zu wachen hat.

Ein Bediensteter des Gewerbeaufsichtsamts im ostfranzösischen Département Marne, Anthony Smith, nahm es mit seinen Aufgaben in ihren Augen zu genau. Das CGT-Mitglied hatte sich „erdreistet“, in dienstlichen Schreiben mehrere Arbeitgeber auf die einzuhaltenen Schutzvorschriften gegen das Risiko einer Kontamination mit dem neuartigen Corona-Virus hinzuweisen. Darüber hinaus hatte er ein Gerichtsverfahren gegen einen Arbeitgeber im

Bereich Heimpflege angestrengt. Damit sollte dieser gezwungen werden, seinen Beschäftigten Schutzmaterial wie etwa Atemmasken zur Verfügung zu stellen, nachdem Angestellte in dem Betrieb bereits an Covid-19 erkrankt waren.

Vier Branchengewerkschaften (CGT, SUD, FSU und CNT) rufen nun gemeinsam gegen die angedrohte Kündigung die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) an.

Auch hier: Krankenhausmisere „Der Tag danach“ beunruhigt unterdessen die französische Polizei und die Nachrichtendienste. Gemeint ist die Zeit unmittelbar nach der Aufhebung der derzeit geltenden Ausgangsbeschränkungen.

Laut einem Strategiepapier des Inlandsgeheimdienstes, das am Osterwochenende von der Boulevardzeitung „Le Parisien“ ausführlich zitiert wurde, fürchtet dieser ein Wiederaufflammen der sozialen Unruhen. Auszüge aus

dem Dokument geistern seitdem durch bürgerliche Medien ebenso wie durch linke WhatsApp-Foren. Die Zitate im „Parisien“ basieren zunächst auf der Auswertung von Onlinemedien in westfranzösischen Städten wie Nantes, Rennes und Rouen. Diese sind mehrheitlich an der Schnittstelle zwischen den Gelbwestenprotesten aus den Jahren 2018/19 und der autonomen Szene angesiedelt und beschwören vielfach übertrieben eine Aufstandsperspektive. Darüber hinaus spricht das Strategiepapier allerdings (und hier wird es handfester) von der Befürchtung, der Unmut der „Gelbwesten“ – und wohl vor allem der Unmut der gegen die Rentenreform Protestierenden – könnte sich mit dem des Personals im Gesundheitswesens verbinden. Letzteres streikte in mehreren Wellen ein Jahr lang, seit dem März 2019, beginnend im Pariser Krankenhaus Hôpital Saint-Antoine) und bis zum Beginn der Corona-Pandemie. Die Hauptforderungen richteten sich

dabei genau gegen eine Politik, mit der die Regierungen in Paris das Gesundheitswesen kaputtsparten. Frankreich wies vor dem Beginn der Corona-Krise gerade noch 5000 Intensivbetten auf. Inzwischen wurden sie auf das Doppelte aufgestockt. In Deutschland waren es zu Krisenbeginn 28.000, mittlerweile sind es bedeutend mehr.

Zugeständnisse von Regierungsseite gab es zunächst so gut wie keine. Vor dem Ausbruch der Pandemie hatte das Krankenhauspersonal nur begrenzte Mittel zur Durchsetzung seiner Forderungen, da den Arbeitskämpfen aufgrund der Verpflichtung gegenüber den Kranken Grenzen gesetzt sind. Das Pflegepersonal kann zur Aufrechterhaltung der Versorgung unter Strafandrohung dienstverpflichtet werden. Bei den Demonstrationen gegen die Rentenreform spielte die Kritik an der Sparpolitik im Gesundheitswesen allerdings immer eine wichtige Rolle. Tatsächlich könnten sich „am Tag danach“ hier die

unterschiedlichen Protestbewegungen verbünden.

Besorgniserregend bleibt im Übrigen die Lage in mehreren französischen Überseegebieten. Die soziologische Zusammensetzung der Bevölkerung – mit viel Armut – und die Kombination aus vielfach miserablen Wohnverhältnissen mit hohen Außentemperaturen führen dazu, dass die verhängten Ausgangsbeschränkungen – übernommen von der „Metropole“ – den Menschen das Leben extrem erschweren. Vor allem auf der Insel Mayotte im Indischen Ozean (sie ist Teil des Komoren-Archipels) ist der Anteil an Beschäftigten im informellen Sektor sehr hoch. Hier – und in einigen anderen „Überseebezirken“ und „Überseeterritorien“ droht Teilen der Bevölkerung schlichtweg Hunger.

Bernard Schmid lebt als Rechtsanwalt und Journalist in Paris

Reaktionäre Politik produziert Massenelend

Corona-Pandemie in den USA

Schmid Christian Zeller

Die USA sind das Epizentrum der Corona-Pandemie. In rasender Geschwindigkeit verstarben in diesem Land über 50.000 Menschen an Covid-19. Diese beispiellose gesellschaftliche Katastrophe ist das Ergebnis einer komplett vernachlässigten Gesundheitsinfrastruktur, einer völlig ungenügenden Krankenversicherung und der verbrecherischen Politik der Trump-Administration.

Während in den USA die ersten Corona-Todesfälle bereits Anfang Februar auftraten – unerkannt und als Grippeopfer abgetan –, verharmloste Trump wochenlang das Virus. Mit einem Einreisestopp aus China und der

Test war vorhanden.

Als mehr und mehr Bundesstaaten die Sache selbst in die Hand nahmen und zunehmend restriktivere Maßnahmen beschlossen, begannen die Fürsprecher der Kapitalinteressen die „Gesundheit der Wirtschaft“ der „Gesundheit der Menschen“ gegenüberzustellen. Diese Position fand ihren pointiertesten Befürworter im texanischen Vize-Gouverneur Dan Patrick, der offen forderte, die Alten sollten ihr Leben opfern, um die US Wirtschaft zu retten.

Erst nach epidemiologischen Schätzungen, wonach 100.000 bis 240.000 Menschen in den USA sterben

York spitzte sich die Situation zu. Die Krankenhäuser konnten die Erkrankten nicht mehr versorgen, das Personal infizierte sich massenhaft. Dutzende von Beschäftigten im Gesundheitswesen starben. Die vielen Toten mussten in provisorischen Massengräbern beerdigt werden.

Die afroamerikanische Bevölkerung leidet weit überdurchschnittlich. In Chicago deuten Statistiken darauf hin, dass schwarze Menschen sechsmal häufiger an Corona sterben als weiße. Farbige haben vielfach schlechtere Krankenversicherungen, leben in beengten Wohnungen. Haben kaum Möglichkeit zum Home-Office und we-

gend krankenversichert. Mit dem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit – Ende April liegt die Arbeitslosenquote bei rund 20 Prozent – kamen nochmals rund 9,2 Millionen Menschen hinzu. Viele leiden an mangelhaft behandelten Krankheiten wie Diabetes oder Asthma, womit sie besonders gefährdet sind, an Covid-19 zu erkranken. Nun zeigen sich die zerstörerischen Konsequenzen der neoliberalen Austeritätspolitik und der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens. Der Staat ist nicht in der Lage, die elementarsten menschlichen Bedürfnisse zu garantieren.

Die Pandemie hat die bereits anrollende Wirtschaftskrise förmlich explodieren lassen. Eilig beschloss der Kongress im März und April mehrere Rettungspakete in bislang unvorstellbarer Höhe von 2,5 Billionen US-Dollar. Damit sollen Konzerne – vor allem in der Öl-, Auto- und Luftfahrtindustrie – gerettet, das Arbeitslosengeld aufgestockt und Krankenhäuser stabilisiert werden. Die Haushalte erhalten Einmal-

zahlungen. Der Staat erweist sich als letzter Retter einer zusammenbrechenden Wirtschaft.

Zugleich gibt es vielfältige Formen des Protestes. Beschäftigte in einem Werk von General Electric streiken für den Umbau der Produktion zur Herstellung medizinischer Geräte. Beschäftigte in Amazon-Lagern und Fahrpersonal von Busunternehmen kämpfen für geschützte Arbeitsbedingungen. Beschäftigte im Gesundheitswesen stellen sich mutig bewaffneten rechtsextremen Demonstranten in den Weg, die für die Aufhebung der Lockdown-Maßnahmen demonstrieren. Diese Aktionen zeigen, dass sich viele Menschen kraftvoll der unmenschlichen Regierungspolitik entgegenstellen. Sie bereiten damit den Boden für den Aufbau eines breiten gesellschaftlichen Widerstandes.

Christian Zeller lebt in Salzburg; er ist Professor für Wirtschaftsgeographie an der Universität Salzburg und aktiv bei Aufbruch für eine ökosozialistische Alternative (www.oekosoz.org).



Bezeichnung „Wuhan-Virus“ schürte er vorwiegend rassistische Ressentiments, anstatt das Land auf die Epidemie vorzubereiten. Erst am 16. März empfahl Trump, soziale und berufliche Kontakte zu reduzieren. Das Desaster war bereits voll im Gange, das Virus hatte sich verbreitet, nicht einmal ein einsatzfähiger

könnten, stimmte Trump die Bevölkerung auf extrem harte Zeiten ein. Mit über 50.000 Verstorbenen Ende April wird die Wirklichkeit diese Befürchtung wahrscheinlich bestätigen.

Auch in den USA schritt die Pandemie zeitlich und räumlich äußerst verdichtet voran. Besonders in New

York finanzielle Rücklagen. Sie arbeiten weit häufiger im ansteckungsgefährdeten Gesundheits- und Dienstleistungssektor. Die Pandemie bringt die massive Ungleichheit der US-Gesellschaft in brutaler Weise zum Ausdruck.

Rund 35 Prozent der Menschen in den USA sind nicht oder nur ungenü-

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Corona-Test in Indien teurer als ein Monatslohn

In Indien haben sich Gewerkschaften und linke Aktive in einer Kampagne für kostenlose Covid-19-Tests und kostenlose Behandlung im Gesundheitswesen zusammengeschlossen. Hintergrund ist die Tatsache, dass solche Tests 4500 Rupien (ca. 55 Euro) kosten. Ein Beschluss des Obersten Gerichtshofs, die Tests kostenlos zur Verfügung zu stellen, wurde unter dem Druck der privaten Labor- und Krankenhausbetreiber wieder rückgängig gemacht.

Die Kampagne, an der sich unter anderem die Bank- und Landarbeitergewerkschaften des Bundesstaats Maharashtra, sowie der dortige Gewerkschaftsdachverband INTUC beteiligen, weist darauf hin, dass der Monatslohn vieler Krankenhausbeschäftigter unter dem Preis eines Tests liegt. Sie kritisiert die Privatisierungen, die im Gesundheitswesen über die letzten Jahrzehnte stattgefunden haben. Entsprechend fordern sie die Überführung der Labore und Krankenhäuser in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle, eine ausreichende Versorgung mit Schutzkleidung für das medizinische und das Pflegepersonal sowie einen Mindestlohn von 25.000 Rupien für die Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Die Kolleginnen und Kollegen bitten um internationale Unterstützung.

Mails an: newsocialist.in@gmail.com

Systemrelevant in Corona-Zeiten

Altenpflege – Mehr Arbeit, weniger Personal

Die vermehrten Todesfälle in Pflegeheimen haben die Situation in den Altenpflegeeinrichtungen ins Zentrum gerückt. Wie auch in vielen anderen Bereichen, mangelt es an Personal. Barbara L. (Name von der Redaktion geändert) arbeitet in einem kirchlichen Altenheim. Mit ihr sprach Violetta Bock.

Wie viele Beschäftigte und BewohnerInnen sind bei euch?

Wir sind etwa 30 Beschäftigte und je 25 Bewohner auf zwei Etagen. Aber natürlich sind wir nie gleichzeitig da. Wir arbeiten in Schichten und kaum jemand in Vollzeit. Fast alle sind Teilzeitkräfte. Außerdem befindet sich nebenan das betreute Wohnen. Wenn dort irgendjemand klingelt, sind wir auch zuständig. Was gar nicht geht, ist die Nachtschicht. Sie dauert von abends 20 Uhr bis morgens um 6 Uhr. Da ist man allein für beide Etagen und im Notfall auch für das betreute Wohnen zuständig. Fällt eine Pflegeperson um, merkt das kein Mensch. Natürlich gibt es auch mal Leerlauf, wenn fast

alle schlafen, aber meistens rennt man sich da „nen Wolf. Das ist Wahnsinn. Die Bewohner müssen gelagert werden, etwa 60 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner sind dement. Das ist einfach furchtbar.

In der Tagschicht sind wir ungefähr drei pro Etage plus eine Person für die Hauswirtschaft, zwei gehen schon nach vier Stunden. Pause haben wir etwa eine halbe Stunde.

Wie sieht eine normale Schicht aus?

Morgens holen wir die Leute aus dem Bett, die Diabetiker bekommen ihre Spritze oder werden gemessen, wir waschen, lagern, helfen beim Anziehen und Duschen. Um 8 Uhr gibt es Frühstück, teils reichen wir das Essen an. Natürlich muss alles dokumentiert werden. Das sind dann nochmal 30 Minuten am PC für Eingaben, die nicht stimmen. Besonders tragisch finde ich: Man möchte sich wirklich mal um den einzelnen Bewohner kümmern. Die sind ja auf eine Art von zu Hause abgesprochen worden. Und wenn sie bei uns sind, möchte man auch mal ein privates

Wort mit ihnen sprechen oder sich ihre Probleme anhören. Aber das geht nicht. Es gibt einfach keine Zeit dafür.

Die Pflegedienstleitung sieht zu, dass sie die Zimmer vollkriegt. Wenn einer gestorben ist, da ist das Bett noch warm und schon muss wieder wer neues rein. Time is cash, time is money. Leere Betten gehen gar nicht. Schnell sauber gemacht, eben noch herzliches Beileid und der nächste. Das kanns doch nicht sein. Bei uns kostet ein Platz etwa 3500 Euro, das ist also noch im gehobenen Segment. Jetzt haben wir Aufnahmestopp wegen der Ansteckungsgefahr.

Was hat sich noch seit Corona geändert?

Alle Beschäftigten im Haus, in den Aufenthaltsräumen, das fällt alles weg. Es gibt keine Gruppenbeschäftigung mehr, jeder soll nach Möglichkeit auf seinem Zimmer bleiben. Gegessen wird normalerweise zu dritt oder zu viert, das gibt es jetzt nur noch einzeln. Und dadurch, dass das jetzt in jedem Zimmer einzeln läuft, haben wir

natürlich viel mehr zu tun. Wir sollen die Überstunden aufschreiben, ok, aber erst ab einer halben Stunde. Und Überstunden machen wir ja immer. 30 Überstunden sind normal. Stressig ist es immer. Aber jetzt ist es noch schlimmer. Die Kollegen werden öfter krank. Dann wird es noch schwieriger, Ersatz zu finden. Einer hatte schon sechs Tage und soll den siebten dann auch noch einspringen. Wieso arbeitet nicht auch mal die Pflegedienstleitung? Die kann doch nicht nur das dicke Geld einstecken. Wir kriegen dagegen nicht mal eine Flasche Wasser. Erst ab 30 Grad sagt unser Geschäftsführer, jetzt dürft ihr euch ein Wasser nehmen.

Habt ihr Schutzkleidung bekommen?

Wir haben noch keinen Fall von Corona, aber man hört von katastrophalen Fällen. Von einem Pflegeheim heißt es, dass es dort eine Anzeige gab und die Pflegedienstleitung erstmal beurlaubt wurde. Seitdem das bekannt wurde, springen die bei uns auch. Wir haben jetzt seit April Kleiderschutz,

Mundschutz, das hatten wir vorher alles nicht. Mundschutz wurde für uns aus Baumwolle genäht, er schützt die Bewohner vor uns.

Wie ist die Stimmung unter den BewohnerInnen?

Die Dementen verstehen es nicht richtig. Wir haben aber auch noch einige fitte Leute, und für die ist es deprimierend. Sie dürfen nicht raus und verstehen nicht, dass die Tochter oder der Sohn nicht kommen kann.

Was sollte sich ändern?

Wochenend- und Feiertagsarbeit muss attraktiver werden bei besserer Bezahlung. Es will ja niemand am Wochenende arbeiten. Da bräuchte man höhere Zuschläge. Wir sind ein gutes Team. Wir brauchen auch Zeit für uns. Wenn wir streiken würden, würden die Bewohner darunter leiden, und wir wollen ihnen ja helfen. Und ob es ein Extrageld gibt, da warten wir jetzt mal drauf.

Jeder Mitarbeiter ist so wichtig. Ohne Chef können wir dagegen weiterarbeiten. Man merkt es nicht, wenn die Chefin im Urlaub ist – da geht alles seinen Gang. Wir wissen, was wir zu tun haben. Und wir machen das auch. Wenn die Chefin allein da wäre, ich glaube, sie wüsste gar nicht, was sie zu tun hätte.

Kalt erwischt?

Es gab ein gutes Dutzend konkrete Anweisungen zur Vorbereitung auf die Pandemie. Nichts wurde umgesetzt



Tobias Michel

Die Pandemie hat viele unvorbereitet getroffen. Doch die Verantwortlichen mussten dazu regelmäßig die Warnungen überhören. Es mangelte nicht Hinweisen auf die Notwendigkeit, rechtzeitig zu planen und Vorräte anzulegen:

2003: SARS-Pandemie

2004: Das Robert-Koch-Institut (RKI) informiert die Arbeitgeber in Vorträgen über eine notwendige betriebliche Pandemie-Planung. Die Folienvorträge stehen seitdem im Internet bereit.

2006: Der Verband der Betriebs- und

Werksärzte (VDBW) informiert fortlaufend ausführlich über die notwendigen betrieblichen Vorbereitungen auf eine Pandemie. Seine Vorschläge betreffen insbesondere das öffentliche Gesundheitswesen.

2008: Die Unfallversicherung empfiehlt den Arztpraxen die Bevorratung von Schutzausrüstungen.

2009: Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) versucht seitdem mit ihren „Zehn Tipps zur betrieblichen Pandemieplanung“, Arbeitgeber in die Handlungspflicht zu nehmen.

2010: Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stellt im „Handbuch Betriebliche Pandemieplanung – zweite erweiterte und aktualisierte Auflage“ auf 180 Seiten ausführlich alle notwendigen Vorbereitungen dar, als übersichtliche Handzettel und mit Checklisten.

2012/2013: MERS-Infektionen

2013: Der Deutsche Bundestag diskutiert die Simulation einer SARS-Corona-Pandemie in Europa und Deutschland.

2015: Am 3. April warnt Bill Gates – <https://www.youtube.com/>

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Es gibt keinen gesunden Kapitalismus!

Ich arbeite in Flensburg auf einer Intensivstation. Bisher hat Flensburg nur einzelne COVID-19 Patienten, die intensivpflichtig sind. Meine Kolleg*innen und ich haben trotz starkem Stress bei der Arbeit und familiär eine zusätzliche Station auf die Beine gestellt! Trotzdem sind wir dauernd zu 80-90 Prozent belegt. Da Personal fehlt, arbeiten wir Pflegekräfte aus anderen Bereichen ein. Kann man aber in ein paar Wochen und unter Dauerstress vernünftig ausbilden?

Was die Persönliche Schutzausrüstung (PSA) betrifft, fehlt es immer noch an Mundschutz (vor allem an FFP2), wasserdichten Kitteln und Händedesinfektionsmitteln.

Die hygienischen Standards können wir nicht einhalten, da wir die FFP2-Masken wieder verwenden, statt sie nach Gebrauch zu entsorgen. Das Personal wird immer noch zögerlich getestet, da auch in den Laboren Personal fehlt. Wir arbeiten in Angst, angesteckt zu werden und Patientinnen und Patienten anzustecken.

Wir brauchen eine bedarfsgerechte Personalausstattung im Krankenhaus, in den Altenheimen, in ALLEN Bereichen. Gewinne und die Fallkostenpauschalen im Krankenhaus gehören abgeschafft. Krankenhäuser, Altenheime, Pharmaindustrie, Krankenversicherung, Herstellung von medizinischen Produkten – all das gehört in öffentliche Hand und unter demokratischer Kontrolle!

Marie; aktiv bei der SAV

watch?time_continue=12&v=6Af6b_wyiwI&feature=emb_logo“ The next outbreak? We're not ready'.

Ab August 2008 wandte sich die zuständige Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege - BGW) mit einer Broschüre an die Arztpraxen:

Auf Grundlage grober Annahmen ergeben sich pro primär versorgender Praxis bis zu 1.600 zusätzliche Konsultationen während der ersten Pandemiewelle. Hieraus resultiere über einen Zeitraum von acht bis zwölf Wochen „ein erhöhter oder zusätzlicher Bedarf folgender Artikel:

- einfacher Mund-Nasen-Schutz für betroffene (infektionsverdächtige) Patienten – 1 Maske pro Patient,
- unsterile Schutzhandschuhe für das medizinische Personal – 1 Paar pro Personalkontakt mit einem betroffenen (infektionsverdächtigen) Patienten, [...]
- Atemschutzmasken (FFP2) für das medizinische Personal – mindestens 1 Maske pro Person und Tag/Schicht,

- Schutzbrillen mit Seitenschutz für das medizinische Personal – 1 Schutzbrille pro Person,
 - Schutzmittel für das medizinische Personal – mindestens 1 Schutzmittel pro Mitarbeiter und Tag/Schicht, [...]
- Um Versorgungsengpässe im Falle einer Pandemie vorzubeugen, ist es sinnvoll, die beschriebenen Produkte bereits in der inter pandemischen Phase zu beschaffen und vorzuhalten. BGW, BÄK und KBV empfehlen daher eine vorausschauende Bevorratung unter Berücksichtigung einer aktuellen Gefährdungsanalyse.“

Allerdings: Eine rechtliche Verpflichtung zur vorbeugenden Bevorratung der genannten Hygiene- und Arbeitsschutzartikel besteht nach geltenden Regelungen des ArbSchG und der Biostoffverordnung grundsätzlich nicht. Die Corona-Pandemie lehrt uns: Ohne rechtliche Verpflichtung verpuffen all diese richtigen und guten Vorschläge.

Tobias Michel, verdi; Arbeitsexperte; siehe: <http://www.schichtplanfibel.de/>

We just come to work here We don't come to die *

Arbeits- und Gesundheitsschutz in Zeiten von Corona

Michael Petersen

Millionen Beschäftigte leben seit Beginn der Pandemie in einem nur schwer erträglichen Widerspruch: Privat darf man nix – aber man muss jeden Tag auf Arbeit. Millionen wurden durch Verbote in ihrer Erwerbsarbeit eingeschränkt, im überwiegenden Teil der Industrie aber wurde munter weiter Mehrwert produziert.

Im Gleichschritt mit der Lockerung der Kontaktverbote hat das Kabinett mit Arbeitsminister Heil, SPD, einen „SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard“** beschlossen.

Worum geht es der Bundesregierung? „... durch die Unterbrechung von Infektionsketten die Bevölkerung zu schützen, die Gesundheit von Beschäftigten zu sichern, die wirtschaftliche Aktivität wiederherzustellen und zugleich einen mittelfristig andauernden Zustand flacher Infektionskurven herzustellen.“ Da ist es wieder, das

Mantra dieser Tage: „flatten the curve“. Selbst in einem Arbeitsschutzstandard legt die Regierung offen, worum es geht: kontrollierte und zeitlich gestreckte Ausbreitung der Seuche mit möglichst geringen Einschränkungen der kapitalistischen Produktion – und ein bisschen um die Gesundheit am Arbeitsplatz. Wer erwartet hatte, dass Firmen verpflichtet werden, das Bestmögliche zu tun, damit Beschäftigte sich auf Arbeit nicht anstecken, wird enttäuscht.

Beschäftigte „sollen ausreichend Abstand (mindestens 1,5 m) zu anderen Personen halten“. Wo dies nicht möglich ist, müssen „alternative Schutzmaßnahmen ergriffen“ werden, nämlich „transparente Schutzabdeckungen“. Ist beides weder technisch noch organisatorisch („z. B. in der Montage“) einzuhalten, „sind alternative Maßnahmen (Tragen von Mund-Nase-Bedeckungen) zu treffen.“

Diese „Mund-Nase-Bedeckungen“ sind die - auch selbstgenähten – Allerweltsstoff-„Masken“. Es handelt sich nicht um Medizinische Mund-Nasen-Schutzmasken (sog. OP-Masken) oder um die im Arbeitsschutz üblichen Partikel-filtrierenden Halbmasken (FFP).***

Ansonsten: Händewaschen, Lüften und Abstand halten: in der Kantine, an der Stempeluhr, auf der Treppe, im Fahrstuhl.

Bemerkenswert noch: „Büroarbeiten sind nach Möglichkeit im Homeoffice auszuführen“. Dies öffnet die Tür für Vereinzelung und digitale Kontrolle von Kolleginnen und Kollegen und für die Entgrenzung von Arbeit und Privatleben – auch wenn viele Beschäftigte das „Homeoffice“ für erstrebenswert halten.

Die Mehrheit der abhängig Beschäftigten in Deutschland arbeitet in Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten. Die Mehrheit arbeitet auch ohne



Betriebsrat und nicht im Geltungsbereich von Tarifverträgen. Dass dieser neue, unzureichende Arbeitsschutzstandard für diese Beschäftigten wirksam wird, muss bezweifelt werden, müssten doch erst die Chefs von der Einhaltung der Soll- und Kann-Bestimmungen überzeugt werden.

Betriebsräte können, gestützt auf das Betriebsverfassungsgesetz und das Arbeitsschutzgesetz, weitergehende Regelungen fordern.

Schutz am Arbeitsplatz vor Ansteckung erfordert Beurteilung jedes einzelnen Arbeitsplatzes, jedes einzelnen Arbeitsvorganges und dann entsprechenden technischen Umbau und / oder Umorganisation. Für Beschäftigte muss eine angemessene persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung gestellt werden.

Das kostet Geld und senkt die Produktivität. Deshalb wird die Forderung nach wirksamem Gesundheitsschutz auf erbitterten Widerstand der Unternehmer in großen und kleinen Betrieben stoßen. Die Bundesregierung steht – wie wir am neuen Arbeitsschutzstandard sehen – nicht auf Seiten der Beschäftigten. Diese werden den Schutz ihrer Gesundheit nur im Konflikt erstreiten und erkämpfen können.

Michael Petersen ist BR-Vorsitzender (in der Automobilzulieferindustrie), IGBCE

* Anne Feeney, US-amerikanische Musikerin, Refrainzeile aus einem ihrer vielen großartigen Lieder

** https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Schwerpunkte/sars-cov-2-arbeitsschutzstandard.pdf?__blob=publicationFile&v=1

*** Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Merkblatt

Die Pandemie unter Bedingungen des Patriarchats

COVID-19 verstärkt Ungleichheit zwischen den Geschlechtern

Verena Kreiling

Das Corona-Virus diskriminiert nicht. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen es auftritt, jedoch umso mehr. Weltweit sind Frauen unverhältnismäßig stark von der Corona-Krise betroffen.

In der Krise sind es Frauen, die an vorderster Front stehen – im Kampf für das Leben.

Die Krise zeigt deutlich, welche Arbeit für unsere Gesellschaft wichtig ist – und welche nicht. Niemand ruft in der Not nach Investmentbankern, Marketingleitern und Waffenentwicklern. Wir brauchen Nahrung, Fürsorge, Unterkunft, Bildung. Wir brauchen Menschen, die füreinander da sind, in den Bereichen Pflege, Reinigung, Medizin, in den Küchen, bei der Müllabfuhr, in der Land- und auch bei der Kopfarbeit. Menschliche Arbeit, die Leben erhält und nährt. Es sind vor allem Frauen, die diese wichtige gesellschaftliche Arbeit leisten. Schlecht oder gar nicht bezahlt, bei oft wenig Anerkennung.

Gerade im Gesundheits- und Pflegesystem und im Lebensmittel-Einzelhandel sind überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt. Die Corona-Krise fordert von diesen Menschen unglaublich viel. Sie sind ständig dem Risiko der eigenen Ansteckung ausgesetzt. Umso mehr als adäquate Schutzkleidung oft nicht ausreichend vorhanden ist.

Applaus reicht hier nicht. Es braucht Gefahrenzulagen, Sofortzahlungen, und vor allem eine langfristige Aufwertung durch Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung.

Die Krise zwingt Frauen in alte Rollenbilder. Die Schließung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen stellt vor allem Frauen vor die Herausforderung, Berufstätigkeit, Kinderbetreuung, Home-Schooling und Haushaltsführung unter erschwerten Bedingungen zu vereinbaren. Alleinerzieherinnen sind hiervon besonders hart betroffen. Es fehlt an Maßnahmen wie Anspruch auf Betreuungsurlaub, Kündigungsschutz, Entgeltfortzahlung etc.

Frauen sind zudem mehrheitlich zuständig für die Pflege der älteren Generation, die aufgrund ihres Risikos derzeit besondere Unterstützung braucht. Auch das System der 24-Stunden-Pflege, das auf der Ausbeutung von Frauen aus Osteuropa beruht,

bricht nun zusammen. Grenzen sind geschlossen. Die Frauen werden zu Hause gebraucht.

Die Regierungen kalkulieren bei der Virusbekämpfung bewusst die höhere häusliche Belastung der Frauen ein, anstelle die Mehrbelastung gerecht auf alle Schultern zu verteilen.

Auch von den ökonomischen Konsequenzen der Krisenbearbeitung sind Frauen besonders stark betroffen. Die verschiedenen Einschränkungen im Tourismus, in der Gastronomie, im Handel, in der Kinderbetreuung etc. führen zu Kurzarbeit, unbezahlt Zwangsurlaub und Kündigung der vielen weiblichen Arbeitskräfte in diesen Bereichen. Dies trifft Frauen aufgrund von geringeren Ansprüchen auf Arbeitslosigkeit und der Gefahr von Altersarmut oft besonders hart. Besonders dramatisch ist die Situation für viele, insbesondere migrantische Frauen, die in Schwarzarbeit für Reinigungsdienste, in der Sex-Arbeit oder in der häuslichen Pflege tätig sind. Neben ihrem Einkommen verlieren sie oft ihre Krankenversicherung, Aufenthaltsgenehmigung oder Unterkunft.

Verschärfend kommt die Gefahr von häuslicher Gewalt gegenüber Frauen hinzu, wie dies bereits in Zeiten erhöhter Zweisamkeit rund um die jährlichen Feiertage der Fall ist. Isolation,



Langeweile und Zukunftsängste können die Gewaltbereitschaft von Männern gegenüber Frauen noch zusätzlich erhöhen. Studien zur Situation in Wuhan ergaben eine Verdreifachung der Gewalt gegen Frauen in den Zeiten der Corona-bedingten Isolation. Geradezu absurd ist die Situation

rund um Schwangerschaftsabbrüche. Diese werden in vielen Krankenhäusern nur mehr durchgeführt, wenn das Leben der Frau gefährdet ist. Die gerechtfertigte Maßnahme, Kapazitäten für COVID-19-Erkrankte frei zu halten, darf nicht mit dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen ausgespielt werden.

Schwangerschaftswochen lassen sich nicht verschieben!

Es ist die Arbeit von Frauen, die unsere Gesellschaft zusammen- und am Leben hält. Frauen haben gesellschaftliche Macht. Nicht nur die Krise, auch die starken Frauenbewegungen der letzten Jahre machen dies sichtbar. Bauen wir mit dieser sozialen Macht

eine Gesellschaft auf, in der das gute Leben für alle und eine gesunde Natur im Mittelpunkt stehen!

Verena Kreiling ist Medienwissenschaftlerin und lebt in Salzburg. Sie ist aktiv bei Aufbruch für eine ökosozialistische Alternative (www.oekosoz.org)

Lockerungen – wem nützen sie? Plädoyer für einen Schutzschirm für Schülerinnen und Schüler

Sascha Staničić

Die beschlossenen Lockerungsmaßnahmen erhöhen das Risiko einer zweiten Infektionswelle. Von Anfang an haben die politisch Verantwortlichen nicht konsequent im Sinne des Gesundheitsschutzes gehandelt. Zu spät wurden weitgehende Maßnahmen angeordnet. Gleichzeitig wurden unzählige Betriebe, die nicht zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung wirtschaften, nicht geschlossen. Das führt die beschlossenen Einschränkungen ad absurdum.

Tests und Masken

Vor allem aber wird nicht massiv in die eigentlich nötigen Maßnahmen inves-

tiert. So werden viel zu wenige Tests durchgeführt. Nötig sind flächendeckende Tests, um infizierte Personen zu lokalisieren, diese für den Zeitraum der Infektion zu isolieren und medizinisch zu behandeln. Aber die Marktwirtschaft ist nicht in der Lage, auf solche Notwendigkeiten schnell zu reagieren: Die nötigen Laborkapazitäten werden nicht aufgebaut. Das entsprechende Personal wird nicht aufgestockt. Die nötigen Materialien werden nicht produziert.

Vergleichbares gilt für das Chaos bei den Masken. Dieses ist nur damit erklärbar, dass die Regierung nicht in der Lage ist, ausreichend Masken zu beschaffen. Statt Unternehmen anzuweisen, zum Selbstkostenpreis solche Masken herzustellen (wie z.B. in Südkorea erfolgt), können sich gierige Kapitalisten eine goldene Nase verdienen. Der deutsche Sportartikelhersteller Trigema verkauft zehn Masken für 120 Euro - das entspricht grob dem Fünzigfachen des Herstellungspreises!

Dem Druck des Kapitals nachgegeben

Gleichzeitig hat die Politik dem Druck aus der Wirtschaft nachgegeben und eine Öffnung von u.a. Autohäusern und Geschäften mit einer Ladenfläche bis 800 Quadratmeter ermöglicht. Diese Maßnahme erhöht zweifellos das Infek-

tionsrisiko unnötig; sie dient nur den Profitinteressen. Natürlich leiden zur Zeit auch viele kleine Gewerbetreibende unter den Ladenschließungen. Diesen muss jedoch durch staatliche Zuschüsse geholfen werden, um sicherzustellen, dass sie ihren Angestellten weiter den vollen Lohn zahlen können und selbst nicht in die Pleite rutschen.

Schulen und Kitas

Die Öffnung der Schulen findet ausschließlich unter dem Gesichtspunkt statt, dass das Prüfungssystem nicht in Frage gestellt werden dürfe. Sinnvoll wäre ein *Schutzschirm für Schülerinnen und Schüler* gewesen? Sein Inhalt: Diesem Jahrgang werden die Abschlüsse auf Basis der bisherigen Leistungen gewährt. Zu ergänzen wäre dies mit einem *überdurchschnittlichen* Prüfungsergebnis, womit die besonderen Belastungen im Corona-Halbjahr berücksichtigt würden. Schulöffnungen ohne eine Sicherstellung von notwendigen Hygiene- und Sicherheitsstandards und pädagogischen Konzepten für diese Ausnahmesituation sind zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen. Sie sollten nur unter Kontrolle von demokratisch gewählten Vertretungen der Lehrkräfte, der Schülerschaft und der Eltern eingeleitet werden. Gleichzeitig sollten die Kinderta-

gesstätten und der Schulbetrieb für jüngere Kinder auf absehbare Zeit geschlossen bleiben. Hier muss gewährleistet werden, dass betroffene Eltern nicht zum Home Office gezwungen werden, sondern unter Beibehaltung der vollen Lohnfortzahlung von der Arbeit freigestellt werden. Für Eltern in „systemrelevanten“ Berufen, die dann noch arbeiten müssen, muss es eine ausreichende Notversorgung unter Einhaltung der Hygiene- und Sicherheitsstandards geben.

Bilanz: Die Maßnahmen von Bund und Ländern setzen falsche Prioritäten. Sie orientieren sich einmal mehr an den Interessen der Wirtschaft. Der Kampf für ausreichend Tests, Masken und Schutzkleidung, für einen Ausbau des Gesundheitswesens in öffentlicher Hand, für Überführung von Unternehmen in öffentliches Eigentum, um eine Umstellung der Produktion auf die notwendigen Produkte zu erreichen etc. muss aufgenommen werden. Wir sollten das System, das uns in diese Krise befördert hat, benennen und Alternativen formulieren: Privateigentum, Marktkonkurrenz und Profitwirtschaft müssen überwunden werden.

Sascha Staničić ist Bundessprecher der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol) und Mitglied des AKL-Länderrats

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Blog zur Corona-Krise

Mit diesem Blog wollen wir dazu einladen, trotz Kontaktsperre Informationen über Corona@Work auszutauschen, Verbundenheit und Solidarität über die Betriebe und einzelnen Arbeitsplätze hinweg herzustellen: Wie gehen die Arbeitgeber mit der Situation um? Wie sieht es mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz aus? Wie steht es um die Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz und wie um die Sicherheit der Arbeitsplätze? Gibt es Kurzarbeitergeld und für wen? Wenn Ihr den Eindruck habt, dass Euer Arbeitgeber die Corona-Krise auf Eurem Rücken zu lösen gedenkt, dann schreibt uns schnell eine Mail mit den Berichten über die entsprechenden Vorkommnisse an folgende Adresse: express-afp@online.de Wir werden Eure Texte auf diesem Blog veröffentlichen, weil wir denken: Wenn Ungerechtigkeit am besten im Dunkeln gedeiht, dann wird es Zeit, sie öffentlich zu machen. An injury to one is an injury to all!

Neue Handlungsfähigkeit für die Linke

Weniger Exit-Diskussion – mehr Eintritts-Debatte

Thies Gleiss

Im Gegensatz zur wiederholten Behauptung trifft die Corona-Krise die Menschen nicht alle gleich. Im Gegenteil, sie wirft ein grelles Licht auf die weltweiten Klassenunterschiede und verschärft diese. Das betrifft die erste Phase der Pandemie-Politik, die darauf abzielte, physische Kontakte zwischen den Menschen zu minimieren. Und das trifft noch mehr auf die jetzt beginnende Exit-Debatte zu.

Die „Rettungspakete“ sind gigantisch, aber niemand soll sich Illusionen machen: Jede Maßnahme in diesem Rettungspaket hat den Klassencharakter der Gesellschaft bestätigt. Schon heute wird versucht, das Fundament dafür zu legen, dass auch diese Krise der Bevölkerung – und hier nicht von den Vermögenden und Reichen – bezahlt wird.

Das viel gerühmte Kurzarbeitergeld plündert die Sozialkassen und subventioniert die Unternehmen, ohne die Verfügungsmacht über das Kapital auch nur geringfügig anzutasten. Die Lohnempfängerinnen bezahlen das zusätzlich durch 40 Prozent Lohnneinbußen. Die Millionen von Kleinstunternehmen und Soloselbstständigen bekommen nur einen Mini-Zuschuss und die Minijobber, Studierende und etliche andere gucken ganz in die Röhre.

Die nächste Phase ist eingeleitet

Je länger die Ausnahmeregelungen und Ausgehverbote andauern, desto mehr werden sie nur durch polizeiliche Maßnahmen durchgesetzt werden können. Auf Einsicht, Solidarität und Empathie kann eine Ellbogen- und Klassengesellschaft leider nicht setzen. In vielen Ländern beginnen schon Unruhen in der Bevölkerung aufgrund

der offensichtlichen Ungerechtigkeiten der Ausnahmeregelungen.

Gleichzeitig scharren die Unternehmerverbände und ihre politischen Repräsentanten mit den Füßen, dass schnellst möglich ein Ende der Einschränkungen, soweit sie sich auf ihre Geschäftstätigkeit beziehen, verkündet wird. Die „Exit-Diskussion“ ist eröffnet.

Die politische Linke darf nicht den Fehler machen, sich auf diese Exit-Diskussion einzulassen. Weder mit medizinischen noch politischen Argumenten. Stattdessen wird es immer dringender, eine „Eintritts-Debatte“ zu organisieren. Es gibt kein gemeinsames Klasseninteresse und die Forderungen an die Linke, sich in eine nationale Einheitskrisenbewältigung einzureihen, sind falsch. Die Vorstellung, erst gemeinsam den Kapitalismus von der Pandemie befreien und danach den Kapitalismus überwinden, ist falsch. Es darf keinen Burgfrieden mit dem Kapitalismus und seinen politischen Köpfen geben.

Die Rückeroberung der politischen Autonomie für die Linke hätte drei Anknüpfungspunkte:

- Erstens die harte Kritik an den Ungeheimheiten und Ungerechtigkeiten der Regierungsmaßnahmen. Die Interessen der Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentner und der Studierenden müssen berücksichtigt werden. Produktionspausen und Kurzarbeit dürfen nicht zu Lasten der Beschäftigten und ihre Familien gehen. Auch die Beschränkungen der



politischen Freiheiten und Grundrechte muss kritisch begleitet werden.

Jede Maßnahme muss transparent sein, öffentlich überprüft werden und zeitlich befristet sein.

- Zweitens die Verteidigung und Weiterentwicklung neuer Formen von Solidarität. Nachbarschaftshilfen, dezentrale Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Entschleunigung des gesellschaftlichen Lebens, neue Formen des digitalen Protestes

– all dies können Keimzellen einer alternativen Wirtschafts- und Lebensweise werden. Die Rückkehr zur

„Normalität“ der Vereinzelung und des Individualismus muss so schwer wie möglich gemacht werden.

- Drittens schließlich zeigt auch diese Krise, wer und was entbehrlich ist für eine Zukunft der Menschen. Kriege und Waffen werden genauso wenig benötigt wie überflüssige Konsumartikel, Wegwerfprodukte und Werbung. Wenn eine breite Mehrheit der Gesellschaft sich in die demokratische Planung der Wirtschaft einschaltet, dann gäbe es fast automatisch eine Verbindung zu den Zielen der Klimabewegung von heute und ebenso zu uralten Forderungen der Gewerkschaftsbewegung nach besseren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit und schönerem Leben.

Solidarität in diesem Sinn wird grenzenlos sein. Schon heute ist klar, dass die armen Länder auch für diese Corona-Krise einen viel höheren Preis als die Menschen in den Hochlohnländern zahlen werden. Eine neue, weltweite Solidarität der Linken muss das verhindern.

Thies Gleiss, Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE; im Bundessprecher*innenrat der Antikapitalistischen Linken in der LINKEN; langjähriger Betriebsrat und IG Metall-Aktiver.

Die Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Kapitalismus – für uns nicht systemrelevant

Digitalisierungsschub, Überforderung im Homeoffice, plötzlich offiziell systemrelevant - in den ersten Wochen beklatscht, erhalten sie in der nächsten vom Arbeitsministerium die Klatsche und sollen nun sogar zwölf Stunden arbeiten. Andere arbeiten normal weiter, ohne Schutz, ohne Hygiene. Was schnell während Corona eingeführt wird, droht dauerhaft zu bleiben. Doch Mitbestimmung und Arbeitsrechte gelten auch in der Pandemie. Bei manchen ist es gelungen die Produktion zu stoppen oder gute Regelungen durchzusetzen. Als OKG (Organisieren Kämpfen Gewinnen) ist es unser Anliegen dies zu bestärken und uns dabei gegenseitig zu unterstützen, im Kampf um unser Leben und gegen ihre Profite.

Wir führen Interviews, um den Menschen an vorderster Front eine Stimme zu geben. Eine Pflegekraft erzählt, wie sie im Interesse von Beschäftigten und Erkrankten gemeinsam Druck auf Politik und Krankenhausleitung aufbauen. Wir veröffentlichen Texte, etwa zum Zusammenhang von Just-in-time Kapitalismus und der Ausbreitung von Covid 19 und laden zum direkten Austausch ein.

info@okg-mail.de // www.organisieren-gewinnen.de // fb.com/organisieren

FaktenCheck:CORONA – Das Selbstverständnis

KRISE & PANDEMIE Wir erleben die tiefste Krise seit Jahrzehnten. Sie kostet tausende Menschenleben. Verursacht massenhaft Leid. Vernichtet gewaltige Werte. Doch sie fällt nicht vom Himmel. Sie war angekündigt. Mit SARS 2003 und einer „Risikoanalyse“ von Bundesregierung und Robert Koch-Institut von Januar 2013.

Die tieferen Ursachen der Pandemie sind: Der zerstörerische Umgang der Gesellschaft mit der Natur, die Abholzung der verbliebenen Gebiete für wilde Tiere, eine grausame, in immer größerem Maßstab betriebene Massentierhaltung, die am Markt orientierte Aushöhlung der Gesundheitssysteme und nicht zuletzt eine kapitalistische Globalisierung, mittels derer jedes Virus binnen 24 Stunden weltweit Verbreitung finden kann.

Eine systemische Krise der Weltwirtschaft hatte sich schon Ende 2019 abgezeichnet. Die Pandemie wirkt als Katalysator.

GESUNDHEITSSSEKTOR Im Gesundheitswesen wurden in den letzten Jahrzehnten Kapazitäten abgebaut, das Personal ausgedünnt, die Arbeitsintensivierung immens gesteigert.

Alles wurde dem Diktat des Profits unterworfen – insbesondere mit dem Instrument der Fallpauschalen. Jetzt fehlen Kapazitäten, Schutzkleidung, Personal. Der Beifall von Balkonen und die Zusage von Einmalzahlungen finden viel Zustimmung. Doch was fehlt, ist ein nicht am Gewinn orientiertes Gesundheitswesen, das sich in öffentlicher Hand befindet, in dem es keine Fallpauschalen, aber eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung gibt.

GEFÄHRLICHER VIRUS Das Corona-Virus ist gefährlich. Jede Leugnung und Relativierung dieser Tatsache ist verantwortungslos. Schutzmaßnahmen sind notwendig. Doch sie kommen viel zu spät. Wochenlang wurde versäumt, sich mit massenhaften Tests und einer Bevorratung von Schutzkleidung und Masken auf die Pandemie vorzubereiten. Die aktuellen Maßnahmen berücksichtigen die sozialen Gegebenheiten nicht. Das „Abstand halten“ ist für Menschen mit Eigenheim, Garten und Home-Office-Tätigkeit wesentlich weniger belastend wie für eine Familie in kleiner Mietwohnung mit einem PC, den sich mehrere Personen teilen. Die konkreten Schutzmaßnahmen dienen oft spezifischen Interessen. Autohäuser

und Möbel-Center wurden geöffnet. Kitas und Kinderspielfläche bleiben vielfach geschlossen. Im öffentlichen Leben gilt die 1,5-Meter-Distanz. Am Arbeitsplatz muss oft Schulter an Schulter gearbeitet werden. Gottesdienste sollen wieder stattfinden. Demos werden verboten.

GESUNDHEITSSCHUTZ & DEMOKRATIE Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben ist ein Menschenrecht. Doch jede Einschränkung der demokratischen und sozialen Rechte muss auch in Pandemie-Zeiten eindeutig medizinisch notwendig, eng begrenzt und zeitlich befristet sein. Insbesondere müssen das Recht auf Meinungsfreiheit, das Demonstrationsrecht und das Streikrecht gewahrt bleiben. Maske ja – Maulkorb nein!

WER ZAHLT? Aktuell wird ein pralles Füllhorn öffentlicher Gelder geöffnet. Doch Arme, Obdachlose, Hartz-IV-Haushalte gehen leer aus. Wer kurzarbeitet, hat massive Lohnverluste. Ausgerechnet die Industrien, die Umwelt und Klima belasten (u.a. Lufthansa, Autoindustrie) werden mit Milliarden bedacht. Gleichzeitig sind gemeinnüt-

zige Vereine, Frauenhäuser, Tafeln und Kleinexistenzen von Schließung und Pleite bedroht. In Bälde dürfte die Regierung mit Verweis auf die vergrößerte Staatsschuld die Ausgaben für Bildung, Umwelt, Gesundheit und Klimaschutz wieder zusammenstreichen. Es gilt: Wir zahlen nicht für eure Krise! Die 1,4 Millionen Euro-Millionäre im Land und die Großkonzerne und Banken, die hohe Profite erzielen, müssen diese Rechnungen begleichen!

SOLIDARITÄT & ALTERNATIVEN Pandemie und Krise zeigen: Markt, Profitorientierung und Privatisierungen sind zerstörerisch. Es sind aktuell Eingriffe in den Markt und Wirtschaftsplanung, mit denen die Pandemie wirksam bekämpft wird. Auch in dieser Krise liegt eine Chance: Millionen Menschen können erkennen, dass die bestehende

Wirtschaftsweise fehlgesteuert ist. Dass ein großer Teil von Produktion und Dienstleistungen (Rüstung, Auto, Flugzeugbau, Luftfahrt, Werbung) unnötig, wenn nicht zerstörerisch sind. Dass ein Umbau („Konversion“) von großen Teilen der Wirtschaft und die Übernahme von Schlüsselsektoren durch den Staat und deren demokratische Kontrolle notwendig sind. Dass damit gewaltige Kapazitäten an gesellschaftlicher Arbeit frei würden – für Arbeitszeitverkürzung, höhere Einkommen der durchschnittlichen Bevölkerung, für sinnvolle Investitionen in Energiewende, Verkehrswende, Kultur und Bildung. Dass Solidarität neu entwickelt und eine neue solidarische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus, in der Mensch, dessen Gesundheit, der Schutz von Umwelt und Klima im Zentrum stehen, anzustreben ist.